

Kleine Anfrage Henri-Charles Beuchat (SVP): Ermittlungsergebnisse der regionalen Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland zu unbewilligter Kundgebung vom 7. April 2018

Am Samstagnachmittag, 7. April 2018, hatte sich in Bern eine angekündigte, von der Stadt Bern nicht bewilligte Demonstration durch die Berner Innenstadt bewegt. Nachdem trotz polizeilichen Durchsagen und Ermahnungen wiederholt Sachbeschädigungen aus dem Umzug heraus begangen worden waren, stoppte die Kantonspolizei Bern in der Folge den Umzug und forderte die Teilnehmenden dazu auf, die Demonstration aufzulösen und sich zu entfernen. Der grössere Teil der Umzugsteilnehmenden machte von der Möglichkeit, die Örtlichkeit ohne Personenkontrollen zu verlassen, Gebrauch. Insgesamt 239 Personen blieben indes vor Ort und wurden daher für Personenkontrollen in Polizeiräumlichkeiten verbracht. Insgesamt resultierten aus den Ermittlungen je 145 Anzeigen wegen Landfriedensbruchs sowie wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung. Weiter wird 14 Personen Hinderung einer Amtshandlung zur Last gelegt. Drei Personen wird gestützt auf das Beweismaterial vollendete, neun Personen versuchte Sachbeschädigung vorgeworfen. In je zwei Fällen werden Widerhandlungen gegen das Sprengstoffgesetz, Gewalt und Drohung gegen Beamte sowie Beschimpfung an die Justiz rapportiert. 17 Personen werden schliesslich wegen Verstoss gegen das im Gesetz über das kantonale Strafrecht festgeschriebene Vermummungsverbot zur Anzeige gebracht.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat folgende Anfrage zu beantworten:

1. Müsste unter den nun vorliegenden Ermittlungsergebnissen nicht sämtlichen Forderungen an eine Untersuchung von Polizeieinsätzen entschieden entgegengetreten werden?
2. Wie beurteilt der Gemeinderat die nun vorliegenden Ermittlungsergebnisse der Polizei im Kontext zu der
 - Interpellation Christa Ammann (AL): Polizeieinsatz gegen die Afrin-Kundgebung — offene Fragen zur Vorbereitung und zur Einschätzung der Lage im Vorfeld und der überwiesenen
 - Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, GB/Seraina Patzen, JA!): Unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes vom 7.4.2018 sowie der
 - Interfraktionellen Motion GB/JA!, SP/JUSO (Rahel Ruch, GB/Seraina Patzen, JA!/Angela Falk, AL/Michael Sutter/Yasemin Cevik, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018.

Vielen Dank für die kurze Beantwortung der Anfrage.

Bern, 15. November 2018

Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat

Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Iseli, Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Erich Hess

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat hat Kenntnis von der Medienmitteilung der Kantonspolizei vom 13. November 2018, wonach diese ihre Ermittlungen abgeschlossen und bei der Staatsanwaltschaft bzw. der Jugendanwaltschaft eine beachtliche Anzahl von Personen und diverse strafbare Handlungen zur Anzeige gebracht hat. Für die Beurteilung dieser Anzeigen ist die Justiz zuständig. Zu den Forderungen an eine Untersuchung von Polizeieinsätzen hat sich der Gemeinderat in concreto wie auch

schon anlässlich von Vorstossantworten in der weiter zurückliegenden Vergangenheit geäussert. An diesen Antworten des Gemeinderats ändert sich nichts.

Zu Frage 2:

Zu den nach wie vor laufenden Untersuchungen durch die Justiz kann sich der Gemeinderat nicht äussern und er kann diese aufgrund der Gewaltentrennung auch nicht beurteilen. Zu den erwähnten parlamentarischen Vorstössen liegen entweder Antworten bzw. Berichte des Gemeinderats vor oder werden dem Stadtrat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und Fristen noch vorgelegt werden.

Bern, 5. Dezember 2018

Der Gemeinderat